

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschhain, Beucha, Borsdorf, Cöpa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erkenntnis wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, 1/2 jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 2.—, Reklamezeile Mk. 2.—, Beilagegebühren pro Hundert Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Austräge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausbringern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Falt, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 119

Freitag den 7. Oktober 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.

In der Zeit vom 6.—8. Oktbr. 1921 bis zum 26. September bis 25. Dezbr. 1921 geltenden Brotkarte

350 g amerikanisches Weizenmehl

zum Preise von 2,66 Mk. ausgegeben. Getr. Grimma, 4. Oktober 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Der Reichshauptmann für die Kohlenverteilung hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab die Bezugscheinpflicht für Rohbraunkohlen, Rohpreßholze, Grubkohlen, Fehkohlen (Hütten-), Gas- und Leuchtgas, sowie für die Abfallbrennstoffe aus Steinkohle wie z. B. Schlammkohle, Kohlschlacke, Generatorrückstände, Schlacke, Walschlacke, Mittelprodukte u. dergl. aufgehoben.

Alle anderen Brennstoffarten (z. B. Brühkohle, Steinkohle, Schmelzkohle, Anthrazit usw.) unterliegen auch weiterhin der Zwangsbescheinigung und bleiben bezugscheinpflichtig. Grimma, 5. Oktober 1921. 366 Ko.

Die Amtshauptmannschaft.

Lehrstellenvermittlung.

Der Bezirksarbeitsnachweis der Amtshauptmannschaft Grimma hat wie im vorigen Jahre eine Lehrstellenvermittlung für die Ostern 1922 zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen eingerichtet, die alle Zweige des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft umfaßt und in jeder Weise unparteiisch und kostenlos arbeitet. Der Bezirksarbeitsnachweis, sowie die Nebenstellen Naunhof, Brandis, Nerchau, Golditz, Mühlhausen und Borsdorf nehmen schon jetzt Anmeldungen von Lehrstellen für Ostern 1922 entgegen. Durch die freundliche Mitarbeit der Schulen stehen dem Arbeitsnachweis ein großer Teil Knaben und Mädchen für Verleihung von Lehrstellen zur Verfügung. Wir bitten deshalb die Lehrmeister, dem Bezirksarbeitsnachweis baldmöglichst mitzuteilen, ob sie Lehrlinge, Lehrlinginnen, Arbeitsburschen oder Arbeitsmädchen einstellen. Wenn persönliche Vorstellung gewünscht wird, ist der Bezirksarbeitsnachweis und die Nebenstellen gern bereit, die Vermittlung zu übernehmen, auch wird jede weitere persönliche oder telefonische Auskunft gern erteilt. Grimma, 29. September 1921.

Der Bezirksarbeitsnachweis der Amtshauptmannschaft Grimma. Sprengelröcher 17.

Die nächste **Mutterberatungsstunde** findet **Freitag, den 7. ds. Mts. nachmittags 2 bis 4 Uhr** in der neuen Schule im Lehrerzimmer und Zimmer 4 statt. Naunhof, am 6. Oktober 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Garantiekommision bestätigt in einer amtlichen Bekanntmachung, daß die deutschen Verpflichtungen zum 15. November gedeckt sind, ohne daß es notwendig sein werde, neue Zahlungen in Gold zu verlangen.
- Amerikanische Finanzleute haben Angebote nach Deutschland gerichtet, in denen sie sich bereit erklären, die Devisenlücke der deutschen Industrie für das Reich zu unterstützen.
- Die Wiederaufbauminister Rathenau und Loucheur treffen sich in Wiesbaden zur Unterzeichnung des deutsch-französischen Wiederaufbauabkommens.
- Die Demokraten haben an die Sozialdemokraten eintägige Vorträge wegen des Eintritts der Unabhängigen in die Koalition gerichtet.
- Lloyd George hielt in Anverm seine angekündigte Rede, in der er andeutete, die rückfällige Eintreibung der Kriegsschulden und damit der Ruin Deutschlands seien nicht geeignet, die Weltwirtschaftskrise zu beheben.

Was ihr wollt.

Je näher der Termin der Entscheidung über Ober-Ober-Ober herannäht, um so mehr vermehren sich auch die Nachrichten über die voraussichtliche Lösung dieser international so wichtigen Frage. Man kann deutlich beobachten, daß von bestimmten Entente-Teilen aus tendenziöse Nachrichten verbreitet und mit besonderer Vorliebe in die deutsche Presse hineingeschmuggelt werden, nach denen es wahrscheinlich anzunehmen sei, daß in Oberschlesien eine Grenzlinie gezogen wird, die den polnischen Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung trägt. Schon der Umstand, daß die verschiedenen Mitteilungen über den voraussichtlichen Zeitpunkt der Entscheidung einander sehr widersprechen und daneben auch die durchaus einschlägige Herkunft der für Deutschland ungünstig lautenden Meldungen lassen gegenüber einer solchen Stimmungsmache Vorbehalt geboten erscheinen. Wahrscheinlich doch die einen, daß der Völkerverbund erst im November zu einer Beschlußfassung kommen könne, während nach anderen Meldungen die Entscheidung unmittelbar bevorstehe oder sogar im Geheimen schon gefallen sein soll.

Die Unklarheit, die dadurch in die politische Lage gebracht wird, ist zweifellos nicht zufällig, sondern läßt sich leicht als taktisches Mittel der Franzosen erkennen, welches nur eine Fortsetzung der bisher schon so erfolgreich angewendeten Methoden planmäßiger Verwirrung bildet. In der Tat liegen, wenn man die lange Leidensgeschichte des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes seit seiner geographischen Abgrenzung in Versailles verfolgt, eine Anzahl rechtlicher und politischer Verschieden-

gen vor, die heute das ganze Problem auf eine andere Basis gestellt haben, als es ursprünglich nach dem Willen und den Ansichten der Verfasser des Friedensvertrages geplant war. Die Feststellung, die jetzt von dem früheren Reichsminister und dem deutschen Rechtslehrer Professor Kraus darüber gemacht worden sind, lassen vor allem den einen wichtigen Gesichtspunkt wieder in voller Klarheit hervortreten, daß keineswegs von Anfang an die Absicht bestand, daß Oberschlesien unter allen Umständen zwischen Polen und Deutschland aufgeteilt werden müsse. In der Zeit der Abfassung des Versailler Vertrages ist bei den maßgebenden Leuten der Gedanke durch- aus nicht verworfen worden, daß ein Mehrheitsergebnis der Abstimmung für das Schicksal des gesamten Gebietes entscheidend sein könne. Dabei ging man allerdings von der damals herrschenden Voraussetzung aus, daß Oberschlesien eine polnische Mehrheit habe, und glaubte auf diese Weise auch die rein deutschen Gebiete der Provinz den Polen mit in die Hände spielen zu können. Die bald gewonnene Überzeugung, daß von einer solchen Mehrheit der polnischen Stimmen nicht die Rede sein konnte, führte zu einer veränderten Taktik, indem man nunmehr die Absicht verfolgte, den Polen wenigstens alles das zuzuteilen, was nicht eine sichere deutsche Mehrheit aufwies. Es wurde also auch hier mit zweierlei Maß gemessen. Daß inzwischen von deutscher Seite die unwiderleglichsten Beweise für die Unteilbarkeit Oberschlesiens auf Grund der wirtschaftlichen Zusammenhänge erbracht wurden, hat keinen Eindruck auf die Pariser Politiker gemacht.

Neben dem Wandel der Anschauungen in dieser einen Frage hat das ober-schlesische Problem auch noch andere Veränderungen durchgemacht. So ist z. B. wichtig festzustellen, daß bei genauer Auslegung des Friedensvertrages der Oberste Rat ohne die Teilnahme Amerikas eigentlich überhaupt nicht in der Lage ist, einen rechts-gültigen Beschluß zu fassen, und daß ferner die Verweisung der Frage an den Völkerverbund bei strengem Festhalten am Wortlaut des Friedensvertrages ebenfalls eine formale Unzulänglichkeit darstellt. Es würde also für Deutschland durchaus die Möglichkeit bestehen, gegen eine Entscheidung, die unseren Interessen zuwiderläuft, Protest zu erheben, da es bei seiner Unterzeichnung des Versailler Vertrages sich selbstverständlich nur einer solchen Entscheidung über Oberschlesien von vornherein vorbehaltlos unterworfen hat, die den Bestimmungen des Vertrages auch wirklich genau entspricht. Eine ganz andere Frage ist es freilich, ob die deutsche Regierung unter Berücksichtigung der augenblicklichen gesamt-politischen Konstellation es für richtig halten kann, einen solchen Protest in Aussicht zu nehmen, denn, ganz abgesehen davon, daß man sich über die Wirksamkeit eines solchen Schrittes wohl keiner optimistischen Täuschung hingeben wird, müßte die Regierung natürlich auch bereit sein, die Konsequenzen aus einem solchen Protest zu ziehen. Leider muß sie sich aber bewußt sein, daß Deutschland augenblicklich in viel zu hohem Grade nur der leidende und nicht der bestimmende Faktor in der internationalen Politik ist. Damit entfällt aber auch die Verantwortung für die Folgen, die eine unsachliche und ungeroche Entscheidung über Oberschlesien nach sich ziehen würde. Von Seiten der deutschen Regierung ist, das muß zweifellos anerkannt werden, nichts verkäuflich worden, um den Obersten Rat auf die verhängnisvollen Folgen einer Zerreißung des Abstimmungsgebietes aufmerksam zu machen. Es kann sich heute auch in Paris niemand dahinter verschanzten, daß die wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Losreißung Oberschlesiens oder eines Teiles von ihm von Deutschland, nämlich die Erschütterung der auf Erfüllung des Ultimatum und auf den Wiederaufbau abzielenden Gesamtpolitik des Reiches, nicht genügend bekannt und nachgewiesen wären.

Der Oberste Rat wird bei seinem Entschlusse über Oberschlesien über nichts Geringeres als über die innere Ruhe und Ordnung nicht nur Deutschlands, sondern unter dem Gesichtspunkte des internationalen Charakters der Wiederaufbauarbeit auch ganz Europas entscheiden. Von deutscher Seite ist alles getan worden, um diese Entscheidung in einem Sinne zu beeinflussen, der eine friedliche und wirtschaftlich gedeihliche Entwicklung ermöglicht. An den Völkerverbund und den Obersten Rat tritt jetzt die Frage heran, ob sie durch einen nur auf Augenblickserwägungen eingestellten Entschlusse die fernere Zukunft des Kontinents auf Spiel setzen wollen.

Deutschlands Ruin — Englands Selbstmord

Erleichterung der Wiedergutmachung?

Lloyd George hat nunmehr die schon im voraus jehel besprochene Rede in Anverm am Dienstag gehalten und dabei auch über die Herstellung der normalen Handelsbeziehungen gesprochen. Daß er dabei nicht erklärt hat, England gedächte auf die Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen zu verzichten und eine grundlegende Änderung seiner europäischen Politik vorzunehmen, wie „Daily Mail“ und andere Blätter im voraus wissen wollten, war selbstverständlich. Obwohl man bei Lloyd George plötzliche Gedankensprünge gewohnt ist, bleibt er doch zu viel gescheiter Politiker und Staatsmann, um sich solch dergestalt in den wichtigsten Fragen der Gegenwart bei einer Gelegenheitsrede festzulassen. Immerhin finden sich in der Rede Andeutungen, die darauf schließen

lassen, daß bei der englischen Regierung das Verständnis dafür wächst, wie mit dem Niedergang Deutschlands der Ruin der europäischen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden ist.

Gute Beziehungen der Nationen.

Der englische Premierminister erwähnte zunächst die Abrüstungskonferenz in Washington und hoffte, sie werde ein Ereignis sein, das für Jahrhunderte in der Geschichte verzeichnet stehen werde. Dann berührte er die Zrenfrage und fuhr fort:

Die heutige Arbeitslosigkeit sei nicht eine gewöhnliche Handelsdepression, sondern sie sei auf die anormalen Verhältnisse und die zerrüttenden Folgen des Krieges zurückzuführen. Es sei ein Weltproblem. Man könne kein Geschäft betreiben, während die Schwankungen des Wechselkurses fortbauerten. Es wäre dasselbe, wie wenn man versuchen würde, bei bewegter See auf einem Ozeandampfer Billard zu spielen. Der Kredit Englands sei unendlich höher als der irgend eines anderen am Kriege beteiligten Landes in Europa. Er sei zuversichtlich, daß die Lage sich allmählich festigen werde, wenn die Nationen einsähen, daß gute Beziehungen wesentlich seien für die nationale Wohlfahrt.

Gewiß kann man aus der Wendung von den „guten Beziehungen der Nationen“ schließen, daß Lloyd George hierbei auch an die vielen gewichtigen Stimmen in England gedacht hat, die behaupten, wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Fall in der Welt und zu ersten Wechselkurschwankungen führen würde, wodurch dem Wiederaufleben des Handels erster Schaden zugefügt werden würde. Deshalb müßte die Eintreibung der deutschen Schulden eingeschränkt oder mindestens für Deutschland erleichtert werden.

Industrielle Gemeinschaft mit Deutschland.

Im Verlauf der gegenwärtigen Erörterungen und im Anschluß an die Rede Lloyd Georges fordert das Blatt „Manchester Guardian“ die Neuregelung der internationalen Schuldverhältnisse als Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Churchill sehe ein, daß es zum Vorteil Englands sein würde, wenn es den größeren Teil der von Deutschland geschuldeten Rechnung nicht eintriede. Für die Vereinigten Staaten habe jedoch keine Persönlichkeit von gleicher Bekanntheit das erklärt. Sogar in Frankreich dämmerte endlich die Überzeugung, daß die Wohlstand in Frankreich in großem Maße von einer Art von industrieller Gemeinschaft mit Deutschland abhängig und daß sie bestimmt vernichtet werde, wenn man versuche, das Unmögliche von Deutschland zu erzwingen. Wenn, wie zahlreiche bejahte Beurteiler erklären, Deutschland mit einer Geschwindigkeit abwärts treibe, die in wenigen Monaten zu seinem finanziellen Zusammenbruch führen werde, so sei das mehr, als England sich leisten könne. Dies müßte, wenn möglich, verhindert werden. Der Verlust des englischen Anteils an den Reparationen würde dann nichts sein, verglichen mit dem Schaden, den England erleide, wenn das industrielle Deutschland in den Zustand Polens verfallen sollte. „Daily Mail“ schreibt, einer der wichtigsten Punkte der Rede sei der Hinweis auf das Chaos in den ausländischen Wechseln gewesen. Lloyd George habe recht gehabt, wenn er der ganzen Welt bestehenden Friedensbedrohungen Ausdruck zu verleihen. Die Wechsel könnten nicht stabilisiert werden, ohne nicht eine Zusammenarbeit zwischen allen in Betracht kommenden Ländern gesichert sei.

Keine ungeheuren Entschädigungsforderungen.

Das englische Unterhausmitglied Godfrey Collins sprach in Greenwich über die Lage. Collins sagte dabei u. a.: Es müßten die Ursachen für die gegenwärtige Lage aus der Welt geschafft werden. Dies könne nur geschehen, wenn in ganz Europa Frieden herrsche und der Geist des Hasses verschwinde. Deutschland müßte sofort in den Völkerverbund aufgenommen werden. Die Völker begämen bereits einzusehen, daß ein glückliches Deutschland auch ein glückliches England bedeute. England könne nicht zur Ruhe kommen, solange sich der Kontinent in Aufruhr befände. Wenn man weiterhin ungeheure Entschädigungsforderungen von Deutschland fordere und große Zwangsregeln verhängte, so bedeute das den wirtschaftlichen Selbstmord Englands.

Der Wiederaufbauvertrag mit Frankreich.

Rathenau und Loucheur in Wiesbaden.

Die beiden Wiederaufbauminister Deutschlands und Frankreichs, die schon mehrfach in Wiesbaden über die Durchführung des von Deutschland zu leistenden Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Frankreichs verhandelten, treffen sich jetzt wieder am gleichen Orte, um

die Unterzeichnung des Wiederaufbauvertrages

vorzunehmen, damit sind neue Verhandlungen verbunden, die sich im wesentlichen um Zusatzprotokolle drehen werden. Wie verkauet, hat die französische Regierung bereits das Abkommen ratifiziert, doch ist zu erwarten, daß diese Tatsache erst nach erfolgter Ratifizierung des Abkommens durch die deutsche Regierung veröffentlicht werden wird. Das Inkrafttreten der Abmachungen hängt von der Ratifizierung der Abmachungen durch beide Regierungen ab. Es wird nur ein deutsches und französisches Exemplar von beiden Wiederaufbauministern unterzeichnet werden. Der französische Text gilt als der beabsichtigte. Im allgemeinen kann man die Abmachungen als gesichert betrachten. Es fehlt nur noch die Zustimmung der Reparationskommission. Das Wiesbadener Abkommen soll dem Reichstag nicht zur Genehmigung vorgelegt werden, weil